



**Rede der Kreisvorsitzenden der LINKEN Teltow-Fläming, Kornelia Wehlan,
auf der 2. Tagung des 2. Kreisparteitages am 27. November 2010 in
Thyrow**

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, werte Gäste,

am 3. Dezember 2009 unterzeichneten die drei Fraktionen im Kreistag und die jeweiligen Parteichefs – SPD/Grüne, DIE LINKE und FDP/Bauernverband die Vereinbarung zur sachgerechten Zusammenarbeit im Kreistag Teltow-Fläming.

Und wenn wir heute als Partei und Fraktion zu einem Jahr Kooperationsverantwortung Bilanz und Ausblick geben, dann ist das nur möglich, weil wir in unserem Tun zwei Grundsätzen besondere Beachtung schenkten:

Erstens, vor Personalfragen steht die inhaltliche Vereinbarung und das Benennen ganz konkreter Projekte und Vorhaben. Und zweitens, da, wo LINKE drauf steht, muss auch LINKE drin sein. Auch deshalb konnten wir mit gutem Gewissen dem Kreisparteitag am 24. Oktober 2009 empfehlen, der Kooperationsvereinbarung zuzustimmen. Mit den Erfahrungen von heute, möchte ich aber ebenso deutlich anmerken, dass eine erfolgreiche Kooperation, in Umsetzung eigener Verantwortung und Ideen, nur möglich ist, wenn man auch personell eine Anbindung an die Verwaltungsspitze hat. Ich möchte deshalb dir, liebe Kirsten, herzlich Dank sagen und wünsche uns eine weiterhin so vertrauensvolle und sachgerechte Zusammenarbeit mit dem Vorstand und der Fraktion.

Was liegt nun auf dem „Geburtstagsstisch“ der ersten rot-roten Kooperation in Teltow-Fläming? Vor allem viel Arbeit. Mehr als ein gutes Fünftel des Kooperationspakets ist erfüllt, das erste Fünftel der verlängerten Wahlperiode bis 2014. Und trotz großer Herausforderungen, trotz starkem Gegenwind – auch eigener Unzulänglichkeiten – die Kooperation in Teltow-Fläming ist stabil und das ist auch gut so. Gut für die Menschen, für die Bürgerinnen und Bürger in Teltow-Fläming. Denn sie, liebe Genossinnen und Genossen, sind der Gradmesser unserer Arbeit, ihre Lebenssituation hier vor Ort zu verbessern, ist unser Anspruch.

Und wenn man den Demoskopen Glauben schenken darf, dass an einer Umfrage die Rot-Rote Landespolitik betreffend immer auch Anknüpfungspunkte zur kommunalen Ebene gegeben sind, dann sollten wir die letzte Umfrage als Bestätigung und Ansporn auch für unsere Arbeit sehen.

Der Zuspruch für die brandenburgische LINKE ist stabil. Das ist nach dem schwierigen Start, den wir selbst auch zu verantworten haben, den jetzt diskutierten Altproblemen, wie BBG und Ministerrücktritt sowie unter den gegebenen haushalterischen Bedingungen keine Selbstverständlichkeit. Die Umfrage macht deutlich, Bürgerinnen und Bürger unterstützen die

Schwerpunkte von Rot-Rot: für eine bessere Bildung, für Arbeit, von der man leben kann und strikte Haushaltskonsolidierung in Verantwortung für zukünftige Generationen und mit sozialem Augenmaß.

All das verbindet sich auch mit unserer Kooperationsvereinbarung.

Anrede,

es bleibt also festzuhalten: Gegen alles Schlechtreden aus interessierten Kreisen hat unsere Kooperation bewiesen: Sie kann interne fachliche Auseinandersetzungen in produktive Bahnen lenken und ist auch unter hohem politischen Druck handlungsfähig – ja und arbeitet vertrauensvoll zusammen. Wichtige Vorhaben hat die Kooperation bereits im ersten Jahr angepackt und auf den Weg gebracht, lasst mich zu vier Hauptschwerpunkten der Kooperationsvereinbarung etwas sagen.

1. Für uns hat **Arbeit – gute Arbeit Priorität**, Arbeit von der man leben kann. Deshalb steht in der Vereinbarung der Erhalt und die Schaffung Existenz sichernder und sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze drin. Wie auch, dass wir Vergaben öffentlicher Aufträge an die Tariftreue des Unternehmens binden wollen. Das noch zur Einbringung in den Landtag für Ende des Jahres angekündigte Landesvergabegesetz zur Sicherung eines Mindestlohns in Brandenburg werden wir aktiv mit einer entsprechenden Vergabepolitik des Kreises unterstützen.

Wir wollen passfähige Weiterbildungen und Umschulungen für Arbeitssuchende durch die Arge und verstärkt Programme und Angebote für Jugendliche, auch Schulabbrecher, entwickeln, für eine gute Ausbildung und berufliche Erstanstellung. Besonders diesen Teil wissen wir in guten Händen bei unserer 1. Beigeordneten, Kirsten Gurske.

Deshalb war es auch folgerichtig, dass unser Kreis einer der ersten im Lande war, der sich am Programm „Arbeit für Brandenburg“ beteiligte. Die Grundidee, Mittel vom Bund, Land und Kreis zu bündeln, um Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, ist richtig. Oft wird gefordert, dass man statt solcher Projekte lieber in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt vermitteln sollte. Das machen wir in Teltow-Fläming übrigens auch und zunehmend erfolgreicher. Und es gibt auch nichts dagegen zu sagen, wenn Teilnehmer aus dem ÖBS in den ersten Arbeitsmarkt wechseln, ganz im Gegenteil. Nur: Selbst in Zeiten des Aufschwungs haben wir eine verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit und davon sind zu einem großen Teil ältere Frauen und Männer betroffen, die oftmals den Weg in die Altersarmut gehen müssen. Mit diesem Programm ist eine Beschäftigung bis zu drei Jahren möglich, wenn damit der Übergang zur Rente verbunden ist. Durch die massive Kürzung des Bundes von 1,3 Milliarden Euro bei den Jobprogrammen für Langzeitarbeitslose in 2011 stehen nun das Brandenburger-, und damit auch unser Teltow-Fläming-Programm, in Frage. Die offen zur Schau gestellte Schadenfreude der CDU-Landtagsfraktion zur Kürzung dieses Programms, macht deutlich, wie weit sie sich schon von den wirklichen Alltagsproblemen entfernt haben. Genau diese Denke reiht sich ein in die Niedriglohnstrategie ihres abgewählten Wirtschaftsministers. Für diese Niedriglohnstrategie und „Bleib-Arbeitslos-Strategie“, liebe Genossinnen und Genossen, dafür gehört die CDU auch zukünftig abgewählt.

2. Wir wollen **Bildungsangebote**, die das breite Spektrum des lebenslangen Lernens von der frühen Förderung in der KITA bis hin zu Aus- und Weiterbildung für Menschen im Berufsleben und im Ruhestand umfassen. Wir brauchen mehr Qualität in der Bildung und wissen, dass grundlegende Änderungen und kurzfristig mögliche Verbesserungen Landessache sind. Und Rot-Rot auf Landesebene hat schnell gehandelt. Fast 400 neue Lehrer: so ist das neue Schuljahr in Brandenburg gestartet. Im Laufe des Schuljahres werden noch weitere 50 Lehrer

eingestellt – bis 2014 insgesamt 1.250. Damit wird der durch die Rot-Schwarze-Regierung verantwortete und geplante Personalabbau im Bildungssektor erstmalig aufgehoben.

Auch in Teltow-Fläming stehen damit mehr Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung, wie auch wir von den zusätzlichen 800 Referendarstellen in 2010/2011 profitieren werden.

Mit dem neuen KITA-Gesetz können bis zu 1.000 neue KITA-Erzieherinnen eingestellt werden, auch davon profitieren wir hier im Kreis. Wir wissen, dass damit nicht alle Probleme im Bildungsbereich gelöst sind, Stundenausfall, Vertretungsreserve sind weitere Stichworte. Es geht nicht alles auf einmal, aber ein grundsätzlicher Anfang ist gemacht.

Den Schulsozialfonds haben wir wie vereinbart in diesem Jahr auf seine Wirkung hin überprüft. Und er ist notwendig, liebe Genossinnen und Genossen – leider, muss man ja sagen. Von 2008 bis heute ist die Inanspruchnahme von der 1. bis zur 10. Klasse, über alle Schulformen, stetig gewachsen. In diesem Jahr sind es 1.267 Kinder einkommensschwacher Eltern, die im Landkreis den Schulsozialfonds nutzen.

Und auch das Schüler-Bafög wird in unserem Kreis gut angenommen. 77 Schüler aus einkommensschwachen Familien der 11. Abiturklassen – und eben nicht nur aus Hartz-IV-Familien, hatten bereits mit Schuljahresbeginn den Antrag gestellt. Eine weitere Möglichkeit, um den Zugang zu Bildung – zum Abitur – für Kinder aus diesen Familien zu erleichtern.

Wir haben also eine gute Unterstützung im Bildungsbereich durch Rot-Rot im Land. Wir haben uns aber auch deutlich in der Kooperation vereinbart, dass wir uns unseren eigenen Bedingungen stellen. In der Aufgabenstellung für lebenslanges Lernen haben die Kreisvolkshochschule, die Musikschule und die Fahrbibliothek ihren festen Platz. Insofern war es richtig, dass vorgesehene Kürzungen der Verwaltung in diesem Bereich der so genannten freiwilligen Leistungen, verhindert werden konnten. In Anbetracht der immer knapper werdenden Mittel werden diese Haushaltspositionen sicherlich Jahr für Jahr unser Engagement erfordern, wie auch zur Sicherung der unentgeltlichen Schülerbeförderung, des Sozialtickets, der geförderten Sozialarbeiterstellen im Kreis und für das „Netzwerk gesunde Kinder“.

Noch ungelöst ist der Neuabschluss der KITA-Verträge mit den Kommunen. Die Kooperation hat an die Verwaltungsspitze deutliche Signale gesandt, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Dazu sind Vorarbeiten nötig wie die per Gerichtsurteil auferlegte Berechnung der durchschnittlichen Personalkosten für den öffentlichen Dienst-Tarif und für Freie Träger.

Eine Arbeit, die schon hätte vor Jahren ordentlich geleistet werden müssen und erneut seit der Änderung des KITA-Gesetzes im Juni dieses Jahres. Den Arbeitsauftrag kennt die Verwaltung und wird im Jugendhilfeausschuss zeitnah darüber berichten. Letztendlich sollte es auf eine einvernehmliche Lösung in Beachtung der unterschiedlichen Interessenlagen hinauslaufen. Ein Grund mehr, die Fronten nicht weiter zu verhärten. Sich von Seiten der Politik bevor die Schularbeiten überhaupt gemacht sind auf eine Seite zu schlagen ist gelinde gesagt, wenig hilfreich. Für uns geht es darum, dass erstens die Kreisverwaltung die eigenen Hausaufgaben macht, dass zweitens an den Verhandlungstisch zurückgekehrt wird und drittens ein fairer Interessenausgleich erfolgt und eine einvernehmliche Lösung angestrebt wird.

Mit der Sportförderrichtlinie, die am 13. Dezember im Kreistag beschlossen werden soll, ist ein weiterer Schwerpunkt der Vereinbarung umgesetzt.

3. Die Kooperation hat sich auf eine **Finanzpolitik mit Augenmaß** – und ich sage hier deutlich für DIE LINKE **mit sozialem Augenmaß** – vereinbart. Und erstmals zur Haushaltsdebatte 2010 gab es bei den sogenannten freiwilligen Leistungen, die für uns pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben sind, mit der Kooperation eine Konsenslinie. Wir reden hier über Leistungen, die erheblich in den Lebensalltag der Menschen eingreifen, wie Sozialticket, Fahrcoupons für Behinderte, Gebührenermäßigungen und –befreiungen, um Chancengleichheit im

Zugang zur Volkshochschule, Kreismusikschule, Fahrbibliothek, Landschulheim, Benutzung von Sporthallen im Freizeitbereich und bei Museumsbesuchen zu sichern.

Auch die Förderung ambulanter sozialer Dienste und das Netzwerk für gesunde Kinder wären davon betroffen. Bei einem Ergebnishaushalt von 188 Millionen Euro im Kreishaushalt, liegen wir unter der empfohlenen Grenze für freiwillige Leistungen von drei Prozent. Es gibt keinen Grund für DIE LINKE von ihrer Position abzurücken. Und das werden wir auch nicht tun.

Dabei verlieren wir den Vorrang zur Handlungsfähigkeit des Landkreises, auch in Verantwortung für zukünftige Generationen, nicht aus den Augen. Deshalb sind die Haushaltskonsolidierung und strengste Haushaltsdisziplin sehr wichtige Aufgaben – kurz-, mittel- und langfristig. Und leider gehört zu unseren schmerzlichen Erfahrungen in diesem einen Jahr Kooperation auch, immer mit neuen ungedeckten Schecks konfrontiert zu werden. Waren es bei der letzten Haushaltsdiskussion 2,5 Millionen, die der Kreis ad hoc einstellen musste für den Verlustausgleich der SWFG, so sind es jetzt 1,75 Millionen für den Verkehrsflughafen Schönhagen.

Und schon heute, ohne in die Eckpunkte für das Haushaltsjahr 2011 des Landkreises eingeführt zu sein, sind weitere Haushaltsrisiken ausgemacht, wie durch das Sparpaket der Bundesregierung, durch Finanz- und Wirtschaftskrise.

Und was macht Herr Eichelbaum in seiner jüngsten Presseerklärung am Beispiel der Schlüsselzuweisungen in Teltow-Fläming? Er dreht den Spieß einfach um, denkt das merkt keiner und will die unsäglichen Entscheidungen der Bundesregierung nun auch noch Rot-Rot in Brandenburg überhelfen. Er hat verdrängt, dass mit dem im Jahr 2005, also unter SPD-CDU-Koalition, in Kraft getretenen brandenburgischen Finanzausgleichsgesetz (BbgFAG) das Land die Kommunen mit 20 Prozent an den Steuereinnahmen beteiligt ist. 40 Prozent sind es bei den Bundesergänzungszuweisungen, die Jahr für Jahr zurückgefahren werden. Gehen also die Einnahmen des Landes zurück, dann spüren das auch die Kommunen in Teltow-Fläming. Damit befinden sich anders als Herr Eichelbaum behauptet, die Städte und Gemeinden nicht im Würgegriff der Rot-Roten Landesregierung sondern müssen vielmehr den steuerpolitischen Blindflug der Schwarz-Gelben Bundesregierung und der damit verbundenen Klientelpolitik, wie z. B. die Einführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Hotelübernachtungen, mit ausbaden.

Schlimm wäre es auch, wenn die Pläne der Schwarz-Gelben Bundesregierung künftig die Gewerbesteuer abzuschaffen, Umsetzung fänden. Das würde die Finanzkraft der Städte und Gemeinden erheblich schwächen.

Mit der jetzt im Landtag diskutierten Gesetzesnovelle zum Finanzausgleichsgesetz wollen wir die Verteilung der allgemeinen Schlüsselzuweisungen für die Kommunen stabilisieren. Deshalb soll ab 2012 eine solidarische Finanzausgleichsumlage erhoben werden, die zur Aufstockung der Schlüsselmasse für die Gemeinden verwendet wird. In 2011 wird darüber hinaus die Verbundmasse für die Kommunen einmalig um 10 Mio. Euro Landesgeld aufgestockt. Fest steht ebenso, dass an den durch die November-Steuerschätzung prognostizierten Mehreinnahmen für das Land Brandenburg die Kommunen beteiligt werden. Dadurch werden sich auch die Schlüsselzuweisungen für den Landkreis, die Gemeinden und Städte in Teltow-Fläming erhöhen. Und das ist auch gut so.

Leider geben Bundesentscheidungen, die massiv in die Kommunalhaushalte und -entwicklungen eingreifen, wie die fehlende Ausfinanzierung des Bundesanteils bei den Kosten der Unterkunft oder die drastische Reduzierung der Städtebaumittel, keinen Anlass zur Freude. Und auch die Altlasten des Kreises aus Entscheidungen früherer Jahre, wie Kreishausleasing, Mitfinanzierung der B 101 und wirtschaftliche Entwicklung der kreislichen Gesellschaften in größter Aufgabenvielfalt und oftmals zu fern vom Kreistag und seinen Gremien und ohne jährlichen Verlustausgleich, geben wenig Anlass zur Freude und schmälern die eigene Investitionskraft, die so notwendig ist. Schließlich steht uns in 2011 kein Konjunkturpaket zur Verfügung. Doch eine Kopf-in-den-Sand-Politik hilft da wenig und so ist DIE LINKE – sind wir – auch nicht gestrickt. Deshalb war es folgerichtig, dass erstmals mit der Kooperation verantwortliche Kreistagspolitik Einfluss auf die Umstrukturierung der kreislichen Gesellschaften und die Konzentration auf für den Kreis wichtige Aufgabenfelder nimmt. Das ist ein Projekt höchster Priorität. Es muss gelingen die Zuführungen aus dem Kreishaushalt ausschließlich am Kriterium der für den Kreis wichtigen Aufgabenfelder zu binden und dabei muss auch für die Gesellschaften stärker das Kriterium der strengen Haushaltsdisziplin und Haushaltssparsamkeit gelten.

Aber einer von der Kreistags-CDU geforderten Kahlschlagpolitik haben wir eine deutliche Absage erteilt. Mit einem Federstrich wollte die CDU fünf Millionen Euro im laufenden Haushalt bei den Personal- und Verwaltungsausgaben streichen. Das ist kein Pappentstiel und auch nicht aus der Portokasse zu begleichen.

Mit der Kooperation wird es keine betriebsbedingten Kündigungen geben und auch nicht ein Zurück zu einer 20 Jahre währenden Ungleichentlohnung der kommunalen Beschäftigten Ost zu denen in den alten Bundesländern.

Anrede,

lasst mich noch auf einen Punkt aufmerksam machen, der zukünftig mehr und mehr den Kreishaushalt belasten wird – die drohende Altersarmut im Kreis. In der Haushaltssituation Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung steigen unsere Aufwendungen stetig – 2010 um eine halbe Million gegenüber den Vorjahren, weil in Ostdeutschland die gesetzliche Rentenversicherung oft die einzige Altersvorsorge ist, wir hier stärker von Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind und Ansprüche aus Anwartschaften gekappt wurden. Hier werden, wie auch schon bei den Kosten der Unterkunft, Sozialausgaben durch die Bundesregierung kommunalisiert.

4. Mit der LINKEN gibt es in Teltow-Fläming eine **neue Transparenz und Öffentlichkeit**. Wir wollen Mitsprache und Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger und wir sind für Anhörungen von Kommunen und Bürgern zu wichtigen Satzungen, die der Kreistag erlässt – so die Vereinbarung. Erstmals wurde das bei der Haushaltsdebatte 2010 mit der Anhörung der Bürgermeister vor dem Haushalts- und Finanzausschuss praktiziert. Weitere gute Erfahrungen schlossen sich an, wie mit der Anhörung im Sozialausschuss zur Richtlinie und den Kosten der Unterkunft. Durch die engagierte und fachlich hervorragende Arbeit unserer 1. Beigeordneten, Kirsten Gurske, konnte ein jahrelang ausharrender Vorgang endlich abgeschlossen werden.

Und auch wenn ihr in der MAZ mit den Schlagzeilen: „Im Kreistag Teltow-Fläming sollte die Öffentlichkeit draußen bleiben“ und „Abgeordnete verpassen sich selbst einen Maulkorb“

starken Tobak konsumieren musstet, bleibt bei sachlicher Erörterung nicht viel davon übrig. Denn die Beteiligungsrichtlinie des Landkreises im Umgang mit den kreislichen Gesellschaften, macht eben nicht den „Deckel drauf“, sondern endlich nach 15 Jahren, den „Deckel runter“. Sie regelt die Beteiligungsverwaltung und das Controlling als wichtiges Steuerinstrument zwischen dem Gesellschafter Landkreis, dem Kreistag und den kreislichen Unternehmen. Davon kein Wort, obwohl ein längst überfälliger Akt, der jahrelang auch durch die CDU ausgesessen wurde.

Wir lassen uns davon nicht beirren, denn die Umstrukturierung der kreislichen Gesellschaften und die Konzentration auf für den Kreis wichtige Aufgabenfelder ist eine Aufgabe von höchster Priorität für die Kooperation. Nicht nur zur Sicherung der Unterstützung kleiner und mittelständischer Betriebe und der Arbeitsmarktförderung, sondern auch um nach Jahren umfassender Unterstützung notwendige Aufgabenkonzentrationen vorzunehmen. Letztendlich wird sich jede Zukunftsentscheidung auch am Finanzrahmen und den Möglichkeiten des Kreises messen lassen müssen. Und, liebe Genossinnen und Genossen, eine Sicht auf die Dinge vermittelt sich nicht nur über die Medien, sondern ebenso über unsere Informationspolitik, unsere Offenheit im Umgang mit diesen Fragen - hier vor Ort, am Infostand, über unseren Kreistagsfraktionsnewsletter und über das Internet.

Hier müssen wir zeitnah und aktuell zu unseren Schwerpunkten - ja auch Fragen, die uns bewegen - informieren. Und bei monatlich bis zu jeweils 1.000 Zugriffen auf unseren Internetseiten der Partei, der Kreistagsfraktion und der direkt gewählten Landtagsabgeordneten, sind wir auf einem guten Weg. Und wir konnten feststellen, dass besonders, wenn von Kreistagssitzungen informiert wird, der Zugriff auf unsere Seiten groß ist. Vielen, vielen Dank, lieber Felix für dein fachkompetentes Mittun.

Anrede,

gern würde ich noch zu den Themen referieren, die wir auch aktiv angepackt haben, wie:

- **Infrastruktur** B 101 und die Ortsumfahrung Thyrow
- **Flughafen Schönefeld**, Lärm- und Gesundheitsschutz, Flugrouten, Nachtflugverbot, Fluglärmkommission
- zum Thema **Klimaschutzprogramm**.

Leider fehlt mir die Zeit. Aber viel schlimmer wäre, wir hätten nichts zu berichten. Insofern bleibt mir an dieser Stelle nur mich auch im Namen von Jürgen Akuloff und Kirsten Gurske bei den Mitgliedern der Kreistagsfraktion und des Kreisvorstandes herzlich zu bedanken.